

Deutschland.

Berlin, 5. August. Das „konservative Central-Wahlcomité für Berlin“ hat seinen Wahlauftrag veröffentlicht, in welchem es u. A. heißt: Mit Ernst, mit Eifer und Vertrauen an die Wahlen gehend, wollen wir dieselben auf solche Männer lenken, welche ein offenes Verständnis für die praktischen Bedürfnisse der Nation haben, für deren Sicherheit und Wohlfahrt; welche an der Verfassung festhalten, weil sie in derselben die Vorbedingung eines gesunden nationalen Lebens erkennen, und welche die Entwicklung deutschen Lebens nur im Einvernehmen mit der Regierung fördern zu können meinen. Wir wollen also nicht wählen die Männer, welche nur Phantasien nachjagen und für deutsche Einheit nur im Interesse ihrer Partei-Ideale agitieren und daher die gegenwärtige Verfassung zurückweisen oder dieselbe, nachdem sie solche nothgedrungen annahmen, revidieren wollen, um ihr die Farbe der Partei anzufärben. Wir wollen nicht Männer wählen, welche die Sicherheit Deutschlands gefährden, indem sie Zwiespalt säen und mit dem inneren Haß eine Lockung zur Einmischung für das mißgünstige Ausland bereiten.

Unterzeichnet sind: v. Dörsch. v. Krause. Beder. v. Berg. Graf Bredow. Broder. R. Büchner. Engels. Gerloff. Gottschid. Klemann. Lemke. Luge. Nieß. Ost. Selke. von Seydewitz.

— In der vergangenen Woche ist, wie die „Eisenb.-Ztg.“ berichtet, dem Landmarschallamte zu Gubow folgender Antrag auf Real-Union mit Preußen von einem ländlichen und einem städtischen Deputierten gestellt worden: „Die hohe Ritterschaft wolle beschließen: Das Landeskollegium wird bevollmächtigt, mit der hohen Königl. preussischen Regierung in Verhandlung über die vollständige Real-Union des Herzogthums Lauenburg mit der preussischen Monarchie auf Grundlage der folgenden Punkte zu treten: 1) Die sämtlichen Landesgütern des Herzogthums Lauenburg, mögen es nun die bisherigen landständischen oder die aus dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 und dem Gasteiner Vertrag aufgebürdeten und allenfalls noch aufzubürdenden Schulden trage, werden von der preussischen Monarchie als Gesamtstaatsfiskal übernommen. — 2) Zur Deckung des künftigen Bedarfs für den Kreis Lauenburg wird ein volles Drittel des lauenburgischen Gesamtterritoriums ausgeschieden. Der Ertrag aus diesem Drittel des Territoriums wird zur Verminderung des Steuerdrucks oder zu öffentlichen Zwecken, zur Verbesserung der Schulen, zum Begebau u. s. w. verwendet. — 3) Der Meier-Nexus, welcher bisher noch auf den lauenburgischen Bauerngütern lastet, so wie der an einigen dieser Bauerngüter haftende Lehn-Nexus wird mit dem Eintritt des Herzogthums Lauenburg in das Königreich Preußen vollständig aufgehoben, und zwar: in den vier Domänen-Aemtern unentgeltlich und in den adeligen Distrikten durch ein zu erlassendes, auf billigen Prinzipien basirtes Ablosungsgesetz. Die Ablosungssumme für diese in den adeligen Distrikten zu entschädigenden Leistungen und Verpflichtungen wird von sämtlichen Grundbesitzern des plattischen Landes getragen. — 4) Bei dem Eintritt des Herzogthums Lauenburg in die preussische Monarchie werden die noch vorhandenen Zwangs- und Bannrechte, sowie insbesondere das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden von Seiten der Landesregierung in den Domänen-Distrikten unentgeltlich aufgehoben. In den adeligen Distrikten jedoch haben die Belasteten für den Wegfall dieser Rechte die bisher Berechtigten in Gemäßheit eines zu erlassenden Gesetzes zu entschädigen. — 5) Die zur Einführung der preussischen Grundsteuer im Herzogthum Lauenburg etwa erforderliche Vermessung und Einteilung des Landes, sowie die zu diesem Behufe erforderliche Konstitution werden auf Kosten der preussischen Gesamtstaatskasse ausgeführt. — 6) In Hinsicht der Einführung der preussischen Steuern wird den Bewohnern des Herzogthums Lauenburg ein billiges Uebergangsstadium gewährt, und namentlich wird dem Lande dafür Garantie gegeben, daß die Grundsteuer nicht eher eingezogen werde, bis die sämtlichen aus der Ablosung des Meier-Nexus in den adeligen Distrikten erwachsenen Lasten beseitigt sind.“

Die beiden Antragsteller haben eine ausführliche Motivierung beigefügt, in welcher besonders hervorgehoben wird, daß durch die norddeutsche Bundesverfassung die fernere Hebung des Elbjaßs und norddeutsche Bundesverfassung, welche dem Lande jährlich 100,000 Thlr. einbringt, zu einer Unmöglichkeit geworden ist, daß es aber andererseits durch die Militärverfassung des norddeutschen Bundes eine Ausgabe von 112,000 Thlr. gegen früher von kaum 3000 Thlr. Ausgabe von den Steuern, welche die Domänen zu leisten haben, abgesehen von der dänischen Gesamtstaatsschuld mit sich führt und die sogenannte dänische Gesamtstaatsschuld mit sich führen werden. Es wird ferner auf das fortwährende Drängen aller Parteien des preussischen Landtages auf die Einverleibung des Herzogthums und die daraus für die preussische Regierung erwachsenden Verlegenheiten hingewiesen, welchen auf die Dauer zu widerstehen derselben um so schwieriger werden dürfte, als die jetzige Feststellung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Herbst 1865 unter ganz anderen Umständen sich vollzogen hätte, als sich dieselben jetzt nach Feststellung der Bundesverfassung gestalten. Nachdem noch erdörtet worden, daß die lauenburgische ständische Verfassung nicht den Schutz gewähre, den man in den heutigen Verfassungsstaaten beanspruchen dürfe, da die Stimme der Landesvertretung lediglich nur bei der Bewilligung der neuen Steuern gehört werden müsse, in allen anderen Fällen aber nur eine beratende sei, werden die einzelnen Unterabtheilungen des Antrags besonders gerechtfertigt.

— Die Frage wegen Abzuges eines Handelsvertrages zwischen Preußen und Rußland wird bald wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Man weiß, welches große und lebendige Interesse der Ministerpräsident Graf v. Bismarck dieser wichtigen Angelegenheit widmet und wie er sich früher schon dem ständigen

Ausschüsse des deutschen Handeltages gegenüber darüber ausgesprochen hat. Freilich sind in Rußland selbst große Schwierigkeiten zu überwinden, und es wird schwer halten, die geeigneten Zugeständnisse zu erlangen. Aufgegeben aber ist die Sache keineswegs.

Hannover, 1. August. Der General-Gouverneur von Hannover ist gestern früh aus Ems zurückgekehrt. Wie wir vernahmen, soll Se. Majestät der König den Immediat-Vortrag des selben über die künftige Verwaltungs-Organisation Hannovers und die diesen Gegenstand betreffenden Verhandlungen der Vertrauensmänner entgegengenommen haben, welche jetzt in Berlin stattfinden und an denen im Auftrage des General-Gouverneurs der Geheimen Regierungsrath v. Hardenberg Theil nimmt. Da es Allerhöchsten Orts befohlen ist, daß die betreffenden Gesandten in vollem Umfange den Vertrauensmännern zu freimüthigster Aeußerung vorzulegen werden, so läßt sich die Dauer dieser Verhandlungen nicht übersehen. Voraussichtlich wird auch der General-Gouverneur selbst, sofern ihm seine zahlreichen Geschäfte eine wiederholte Abwesenheit gestatten, den Sitzungen für einige Tage betheiligen, um seinen durch die Erfahrungen des letzten Jahres begründeten Ansichten im Interesse der Provinz zur Geltung bringen zu können. Da es der bestimmte Wille Sr. Majestät des Königs ist, die durch die veränderten Umstände bedingte Organisation nur in Uebereinstimmung mit den Vertrauensmännern ausgeführt zu sehen, und einstimmig mit den Vertrauensmännern ihre Ansichten die beste Gelegenheit geboten ist, so darf man hoffen, daß ein die im Lande gehegten Erwartungen befriedigendes Resultat erzielt werden wird.

Meiderich, 2. August. Auf der neuen Zeche „Aben und Rude“ zwischen Ruhrort und Meiderich sind in der vergangenen Nacht vier Bergleute verunglückt, so daß drei derselben als todt und der vierte als sehr stark am Kopf beschädigt herausgeholt worden sind. Einer der ersten, ein Meidericher, hinterläßt eine Frau mit sechs Kindern. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß, nachdem diese Bergleute im Schachte ein Pulvermine zur Sprengung angelegt und angezündet hatten, sie eilig in den Förderkorb flüchteten, in dem sie bei solchen Gefahren eine Strecke in den Schacht höher hinauf gebracht werden, und das Seil nach oben geben, daß man den Korb hinaufbefördern solle. Dies geschieht, aber nicht lange dauerte es, da brach das Verbindungseil und mit furchtbarem Sturze gerieth hinunter in die Tiefe.

Anseland.

Wien, 2. August. Die erste Anregung zu der Zusammenkunft des französischen Herrschers mit dem Kaiser ging, so berichtet die „Presse“, von Napoleon aus, der durch den R. R. Votschaster in Paris, den Fürsten Metternich, beim kaiserlichen Hofe hatte anfragen lassen, ob eine Entrevue der Monarchen in Salzburg angenehm sei. Nach den bisherigen Dispositionen langte Kaiser Napoleon am 7. August mit dem Abendtrain in Salzburg an und verweilt dort selbst während des 8., 9. und 10. August. Der französische Kaiser wird von dem Marquis de Moustier, seinem auswärtigen Minister, begleitet sein; Votschaster Fürst Metternich befindet sich gleichfalls in Begleitung Napoleons. Die Mitreise der Kaiserin Eugenie ist ebenfalls projektiert, doch ist hier noch keine definitive Bestimmung getroffen, da diese von dem Befinden der französischen Kaiserin, welches im Augenblicke durch eine leichte Indisposition gekürrt ist, abhängig gemacht wurde. Ist, wie man als sehr wahrscheinlich annimmt, Kaiserin Eugenie bis zur nächsten Woche in der Lage, ihren kaiserlichen Gemahl nach Salzburg zu begleiten, so würde sich auch die Fürstin Metternich in ihrer Gesellschaft befinden. Wie man uns ferner mittheilt, begiebt sich Kaiserin Eugenie bald nach ihrer Ankunft in Salzburg nach Ischl zur Kaiserin Elisabeth; nach kurzem Aufenthalte in Ischl wird dann Kaiserin Eugenie mit der österreichischen Kaiserin gemeinschaftlich nach Salzburg sich begeben, um den Festlichkeiten beizuwohnen, welche unser Hof zu Ehren des französischen Herrscherpaares veranstaltet. — Ueber die Reise unseres Kaisers verlautet bis jetzt nur so viel, daß derselbe Ende August sich nach Frankreich begeben wird.

— Tiefe Stille herrscht wieder seit gestern, nachdem die orientalischen Gäste Wien verlassen haben, im Schlosse zu Schönbrunn. Nichts gemahnt mehr an die Regsamkeit des Lebens, die noch vor Stunden in dem Schlosse mit seinen dreizehnhundertachtzig Wohngemächern und in den hundertfünfzig Küchen geherrscht hatte. Den Fremden, die das Schloß besuchen, zeigt man noch jene Zimmer, die der Fuß des Sultans vor Kurzem verlassen, dort jenes Bett, wo der Großherr den Schlaf des gerechtesten Moslim geschlafen. Den „Intimen“ des Hauses zeigt man auch das Nilwasser, das für den Sultan auf seiner Rundreise überall mitgeführt wurde. Es ist in großen Flaschen verwahrt, die wieder in Schilfrohr aus dem Nilflusse und außerdem noch in einem anderen Stroßgefäße eingepackt sind. Der Großfürst nimmt in gewohnter, streng ritueller Weise die täglichen drei Waschungen mit diesem Wasser vor. Er selbst vollführt diese Waschungen eigentlich nicht in eigener Person, sondern läßt dieselben durch fünf seiner vertrauesten Kammerherren, von dem Gnadengeschenk des Sultans hat Tausende von verschämten und unverschämten Armen auf die Beine gebracht, welche alle Gänge und selbst den Hofraum des Rathhauses erfüllen, um ihr Gesicht anzubringen. Die unzähligen Bettelstrolächer, mit welchen der Sultan in Wien belästigt worden ist, sind von der türkischen Gesandtschaft dem Gemeinderath zur Erledigung überhandt.

— Die Zeitungen melden, daß die Unterhandlungen, welche hier mit Fuad Pascha gepflogen wurden, keinen Erfolg gehabt haben; jedoch hat Fuad Pascha versprochen, dem Divan den Vorschlag einer internationalen Untersuchung zu unterbreiten und zu empfehlen. Der Divan wird sich in diesen Tagen zu Rußland versammeln, wozu der Sultan die Minister berufen hat. Von da aus wird vermuthlich eine definitive Antwort auf die identischen Noten

von Frankreich, Rußland, Preußen, Italien und Oesterreich erlassen werden.

Wien, 2. August. Febr. v. Beust hat sein Kabinet als Reichskanzler organisiert. Zur Leitung desselben unmittelbar unter Febr. v. Beust ist Hofrath v. Hofmann, mit dem Titel und Rang eines Stationschefs bestimmt. Hofrath v. Hofmann hat faktisch diese Obliegenheiten schon seit Monaten versehen und behält auch die Preisleitung, so weit sie mit dem Minister-Präsidium verbunden war, bei, — letzteres zu voller Zufriedenheit des ihm näher stehenden Kreises von Schriftstellern.

Sprengung des Reichsraths! Auf nichts Geringeres soll nach den Versicherungen eines Provinzialblattes die Agitation hinauslaufen, deren Brennpunkt der Salon einer Dame der höchsten Aristokratie in Wien ist. Man sucht aus Abgeordnetenkreisen selbst Anhänger zu gewinnen, indem man ihnen eine Fusion zwischen den renitenten Ezechienführern und den Deutschen in Aussicht stellt und man hoffe, daß der Plan gelingen, daß der Reichsrath noch vor Revision des Grundgesetzes vom 26. Februar werde aufgelöst, die Neuwahlen aber unter anderen, slavischen Einflüssen zugänglichsten Auspizien würden vorgenommen werden. Dann solle die Staatsverfassung im Sinne der Oetobermänner purifizirt und die Revision des Konfessions ad graecas calendae vertagt werden. Die „Presse“ bemerkt dazu, daß die schwarzgepanzerte Schaar mit dem böhmischen Löwen als Aushängeschild unermüdlich thätig sei und bei der Zersplitterung der Abgeordneten nicht immer einen unfruchtbaren Boden bearbeite.

Prag, 2. August. Das Prager Stadtverordneten-Kollegium hat an Se. Majestät die Bitte um vollständige Vergütung des der Stadtgemeinde durch die vorjährigen Kriegereignisse zugefügten Schadens gerichtet und das Ansuchen gestellt, daß der Stadtgemeinde im Ganzen noch der Betrag von 192,020 Fl. 51 Kr. ausgefolgt werden möge. Auf dieses Gesuch ist die Allerhöchste Entschließung dahin erfolgt, daß die Stadtgemeinde Prag mit ihrer Bitte um volle Vergütung der von ihr geltend gemachten Kriegsschäden zurückzuweisen ist, daß Se. Majestät jedoch aus besonderer Gnade derselben noch eine Pauschalvergütung ein- für allemal mit einhunderttausend Gulden auf Rechnung der zur Vergütung der vorjährigen Kriegeschäden bestimmten Dotations bewilligt.

Paris, 3. August. Das Journal des „Debats“ schreibt: „Wir glauben nicht, daß in Frankreich mehr als in Oesterreich die große Masse der Nation an Abenteuern und Auszügen in entlegene Länder Geschmack hat. Jedenfalls ist, wenn solch ein Geschmack bei einigen Personen sich vorfindet, der traurige Ausgang der Mexiko-Expedition etwas, worüber sie nachdenken müssen. Es scheint indessen, daß wir jüngst drei Provinzen im Süden von Nieder-Cochinchina erobert haben. Diese seit einiger Zeit durch Privat-Depeschen gemeldete Nachricht ist heute vom „Constitutionnel“ bestätigt worden. Natürlicher Weise haben die Ananiten sich mit dieser Einnahme sehr zufrieden gezeigt und sie als ihren Interessen förderlich erklärt; ist auch die Besitzergreifung ihres Landes seitens Frankreichs ohne Schwierigkeiten erfolgt. Der „Constitutionnel“ versichert es, und wir zweifeln daran um so weniger, als dies gewöhnlich im Anfange immer so geht. Nicht der Anfang kann die meiste Besorgnis einflößen, sondern das Ende, und wir wissen aus Erfahrung, daß man aus einem fernen Lande nicht immer so leicht herauskommt, wie man hineingebracht ist.“

Das Journal des „Debats“ theilt folgende ihm aus amtlichen Quellen zugegangenen Einzelheiten über die Affaire Du mont mit:

Die französische Legion, welche in päpstlichen Diensten steht, besteht ausschließlich aus französischen Soldaten, welche von der französischen Regierung zu diesem Dienste in fremdem Lande ermächtigt worden sind, und welche ihre Eigenschaft als französische Staatsbürger bewahrt haben. Außerdem wird der Dienst, welchen diese Soldaten in der päpstlichen Armee versehen, ihnen von dem, welchen sie in Frankreich zu leisten hatten, abgezogen, so daß die französische Regierung sich ein gewisses Recht der Ueberwachung vorbehalten hat, welches ihr nothwendig ist, um sich zu versichern, daß diese Militärs in den römischen Staaten die Verbindlichkeiten genau erfüllen, in Folge derer sie von denen, welche ihnen das Rekrutierungsgesetz in Frankreich auferlegt, befreit worden sind. Das genannte Korps wurde in Antibes organisiert, daher sein Name: „Antibesche Legion“; es besteht aus 2000 Mann. Seine Organisation geschah unter den Augen und mit Zustimmung der italienischen Regierung. Man betrachtete dieses nicht als ein Zwischenglied gegen die Konvention vom 15. September, sondern als einen Akt der Ausführung derselben. Die Legion hält Garnison in Civita-Vecchia. Vor einiger Zeit desertirte eine große Anzahl der Soldaten derselben; es verschwanden plötzlich mehr als 400. Man erkaunte in Paris und erschreckte sich in Rom. In Paris fragte man sich, welche Ursachen eine so seltsame Thatsache hervorbringen könnten, die in der französischen Armee nie vorgefallen war; man wußte, daß die päpstliche Verwaltung diesem ganz fremd stehe; daß die Soldaten gut genährt, gekleidet und logirt seien und daß man sie mit den größten Rücksichten behandelte; man wußte auch, daß die Deserteure nicht von den Rathschlägen der politischen Parteien verleitet worden waren und daß, wenn sie ihren Weg durch die Provinzen des Königreichs Italien nahmen, dieses daher kam, daß ihnen der Seeweg verschlossen war. Man wußte endlich, daß die der französischen Behörde bezeichnete Unordnung durch eine Art von Heimweh, welches durch die große Hitze noch gesteigert wurde, hervorgerufen worden war. Die französische Verwaltung glaubte, daß sie diese Unordnung nicht dulden dürfe, und dieses eben wegen der ganz speziellen Lage der Deserteure und der Verbindlichkeiten, die sie eingegangen. Aber was konnte die französische Regierung thun und was sollte sie thun? Man ver-



18

18

18